

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB

Claudia Tausend, MdB

Für UNS in Berlin

SPD

**Liebe Leserinnen und Leser!**

**Das neue Jahr ist bereits einige Wochen alt. Wir möchten aber nicht versäumen Ihnen und Euch zum neuen Jahr noch alles Gute – und insbesondere Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolg – zu wünschen.**

Auch im Deutschen Bundestag hat der Parlamentsbetrieb wieder Fahrt aufgenommen. Mit der neuen Ausgabe des Newsletter wollen wir – wie gewohnt – über aktuelle Themen informieren. Viel Spaß beim Lesen des Newsletters wünschen Florian Post und Claudia Tausend.

## **Das erwartet uns im neuen Jahr: Was wir uns für 2015 vorgenommen haben**

**Es bewegt sich wieder was im Land. Stillstand war gestern. 2014 war erfolgreich. Mindestlohn, Rente, Neustart der Energiewende, Verbesserungen in der Pflege, Mietpreisbremse, doppelte Staatsangehörigkeit, BAFÖG- Reform und vieles mehr.**

Das waren Fragen der Gerechtigkeit, für die wir nach einer Lösung gesucht haben. 2015 liegt jetzt vor uns. Wir laden dazu ein, zum neuen Jahr einen Blick darauf zu werfen, was uns im kommenden Jahr erwartet: In einem besonderen Maße werden wir uns Gedanken machen müssen über die Zukunft Europas. Was kann die Europäische Union leisten, was hält uns zusammen und wie treten wir nach außen hin auf. Leider wird uns

auch die Krisenpolitik an den Konflikt-herden dieser Erde nicht loslassen. Wir sind sehr froh, dass in dieser Zeit unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier heißt! Wir müssen Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen und in Deutschland Schutz suchen, menschenwürdig aufnehmen und unterbringen. Dazu werden wir Städte und Gemeinden bei der Aufnahme von Flüchtlingen nochmals finanziell verstärkt unterstützen. Es ist an der Zeit in Wirtschafts- und Arbeitswelt neue Impulse zu setzen. Wir wollen junge Gründer und den Mittelstand von Bürokratiekosten entlasten. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sorgen, indem wir die Leih- und

Zeitarbeit auf ihre Kernfunktion beschränken und den Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen. Mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung wollen wir jungen Menschen eine Ausbildungsgarantie geben. Schließlich begegnen wir mit der Digitalisierung einer Entwicklung, die zu enormen gesellschaftlichen Umbrüchen führen und jeden Bereich unseres Lebens berühren wird: Bildung, Alltagsleben, Arbeitsleben und Freizeitgestaltung. 2015 wird das Jahr, in dem wir neue Gerechtigkeits-themen anpacken werden. Themen, die sich aus dem ganz praktischen Alltag der Menschen erschließen und Themen, die eine globalisierte Welt mit sich bringt.

## Keine Energiewende ohne Trassen

**Seit Monaten blockiert die CSU den dringend benötigten Netzausbau. Dabei ist die Faktenlage eindeutig. Im Norden wird sauberer Strom aus Windkraft produziert, und zwar weit mehr als dort verbraucht werden kann.** Bis 2022 werden die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, wovon Bayern mit seinem hohen Energiebedarf und der Abhängigkeit von Atomstrom von ca. 50 Prozent besonders betroffen ist. Ein Ersatz für diesen Strom ist nicht in Sicht. Bereits heute kommt es auf den Nord-Süd-Trassen regelmäßig zu Überlastungen. Wollen wir die Energiewende zum Erfolg führen, brauchen wir zusätzliche Trassen. Im Sommer 2013 hat das die CSU auch noch erkannt und dem Netzentwicklungsplan, der

den Trassenbedarf festschreibt, zugestimmt und damit auch mit zu verantworten. Dass dieser nun in Frage gestellt wird, kann einzig mit Populismus erklärt werden. Der von Ilse Aigner ins Leben gerufene Energiedialog hat keine Bewegung gebracht. Kein Wunder, denn ohne Trassen wird es nicht gehen! Die von der CSU geforderten Gaskraftwerke sind keine Alternative, weil sie schlicht unrentabel sind. Die Rechnung müssten alle Stromverbraucher zahlen. Und schlimmer noch: Kommt der Netzausbau nicht voran, wird Brüssel eingreifen und neue Preiszonen definieren. Das würde die Stromrechnung von Unternehmen und Verbrauchern in Bayern um bis zu 40 Prozent verteuern.

Das wäre nicht nur für jeden Privathaushalt, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Bayern und insbesondere für München eine Katastrophe. Anstatt mit der Brechstange unser ambitioniertes Zukunftsprojekt Energiewende zu attackieren, sollte die CSU sich darum bemühen, den Netzausbau für die betroffenen Bürger so verträglich wie möglich zu gestalten. Z.B. ist die von der SPD geforderte Erdverkabelung in vielen Fällen ein guter Kompromiss, den die CSU bisher abgelehnt hat. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass bei derartigen Vorhaben nicht immer alle Betroffenen zufrieden gestellt werden können. Das sollte verantwortungsvolle Politik im Sinne des Allgemeinwohls aber nicht behindern.

## Kabinettsentwurf: Karenzzeiten beim Wechsel von Politik in die Wirtschaft

**Beim Wechsel aus der Politik in die Wirtschaft sollen Regierungsmitglieder künftig eine Sperrzeit von bis zu 18 Monaten einhalten, wie ein Kabinettsentwurf vorsieht, der im Februar im Bundestag behandelt wird.** Wer innerhalb von 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Amt einen

Posten in der Wirtschaft annehmen will, muss dies der Bundesregierung schriftlich melden. Gibt es problematische Überschneidungen mit dem bisherigen Amt, kann die Bundesregierung den Jobwechsel bis zu einem Jahr (in Ausnahmen bis 18 Monaten) untersagen.

In den letzten Jahren wechselten zahlreiche Minister und Staatssekretäre der alten schwarz-gelben Regierung direkt aus dem Amt in gut dotierte Wirtschaftspositionen. Die SPD hatte gegen Widerstand der CDU in der Koalition auf ein Gesetz gedrängt.

## Debatte zur Rekommunalisierung von Stromnetzen

**In der Bundestagsdebatte zur Rekommunalisierung von Stromnetzen hat Florian Post sich in seiner Rede für klare Regelungen zur Konzessionsvergabe und diskriminierungsfreien Wettbewerb ausgesprochen.**

Rechtliche Unklarheiten dürfen nicht

dazu führen, dass die großen, alten Netzbetreiber neue öffentliche oder private Konzessionsnehmer mit zu hoch angesetzten Kaufpreisen, überzogenen Entflechtungskosten und jahrelangen Rechtsstreitigkeiten davon abhalten in einen echten

Wettbewerb um die Stromnetze zu treten. Mit diskriminierungsfreier Vergabe sichert die SPD sichere, preiswerte und umweltfreundliche Stromnetze in Bayern und Deutschland.

## Unser Land braucht Einwanderung – Wir in der SPD arbeiten dazu an einem gesetzlichen Rahmen

**Deutschland ist ein Einwanderungsland. Der Migrationsbericht, den die Bundesregierung im Januar vorgestellt hat, zeigt einen Wanderungsgewinn von 430.000 Menschen. Aufgrund der Alterung unserer Gesellschaft werden wir in den nächsten 20 Jahren eine Lücke von 8,5 Millionen Erwerbstätigen haben.**

Schon allein deshalb brauchen wir in Zukunft die Zuwanderung hunderttausender qualifizierter Arbeitskräfte. Wer sich dieser Tatsache verweigert, setzt unseren wirtschaftlichen Wohlstand aufs Spiel.

Wie können wir Menschen, die in Deutschland arbeiten, Geld verdienen und ihr Glück machen wollen, unter Berücksichtigung von Sprachkenntnissen und beruflichen Qualifikationen gewinnen? Wir stehen im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe und die besten

Fachkräfte. Unser Arbeitsmarkt muss sich beispielsweise stärker für Menschen mit ausländischen Abschlüssen öffnen. Wir können dabei natürlich nicht nur an Verwertbarkeit und Zahlen denken. Wir reden über Menschen. Es ist überfällig eine ehrliche Debatte zu führen, die die Vorteile der Zuwanderung deutlich macht, ohne die Probleme zu verschweigen, die mit der Integration mitunter verbunden sind. Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir einen klaren Rahmen für die Zuwanderung schaffen.

Es ist an der Zeit hier aktiv zu steuern und eindeutige Regeln zu formulieren, die für alle gelten – sowohl für die Menschen, die schon in unserem Land leben, als auch für diejenigen, die noch zu uns kommen. Dafür entwickeln wir derzeit ein Einwanderungsgesetz.

Für uns ist aber auch klar: Ein erfolgreiches Einwanderungsland braucht mehr als nur gute gesetzliche Rahmenbedingungen. Es ist zugleich auf die Bereitschaft jedes und jeder Einzelnen angewiesen, zu einer offenen, demokratischen und toleranten Gesellschaft beizutragen. Außer Frage steht natürlich, dass wir auch in Zukunft unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufnehmen. Und bei Asylsuchenden fragen wir nicht nach Qualifikation, sondern wir nehmen sie aus humanitären Gründen auf. Damit aber diese Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen, müssen auch sie möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass Asylsuchende künftig bereits nach drei Monaten eine reguläre Arbeit aufnehmen können.

## Dreikönigstreffen der Münchner SPD

Die Münchner SPD feierte am Dreikönigstag einen fulminanten Jahresauftakt im vollbesetzten Hofbräukeller. Hauptredner Dieter Reiter stellte die Leitlinien seiner Politik im Rathaus vor. Es müsse gelingen eine wachsende Stadt zu gestalten. Herausforderungen bei Wohnen und Verkehr müssten angegriffen werden – gemeinsam mit dem Umland. Lösungen könnten nicht am Reißbrett erzeugt werden, sondern nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entstehen.



## Investitionen fördern – Wettbewerbsfähigkeit erhalten

**Zunächst die gute Nachricht: Die deutsche Wirtschaft ist in guter Verfassung. Die Beschäftigtenquote ist so hoch wie nie, die Arbeitslosen-zahl dementsprechend niedrig.** Trotz internationaler Herausforderungen konnten wir ein Wachstum von 1,4 Prozent in 2014 erzielen, für 2015 ist ein Wachstum von 1,5 Prozent prognostiziert. So nachzulesen im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, den Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorgestellt hat. Die guten Daten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass

die deutsche Wirtschaft vor großen Herausforderungen, wie ein beschleunigter technologischer Wandel und einer alternden Gesellschaft steht. Innovationen und vor allem Investitionen sind für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands von zentraler Bedeutung.

Die Investitionstätigkeit privater Unternehmen ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich und gerade bei jungen Unternehmen sogar rückläufig. Wir müssen daher die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern und Investitions-

hindernisse abbauen. Wie das am besten gelingt, prüft gerade eine beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelte Kommission. Und auch bei den öffentlichen Investitionen sind erhebliche Anstrengungen notwendig.

Daher hat die Bundesregierung ein 10 Milliarden-Paket beschlossen, das hauptsächlich in Infrastruktur und Energieeffizienz fließen soll. Damit legen wir das Fundament dafür, dass die kommenden Jahreswirtschaftsberichte ebenfalls Erfolgsmeldungen werden.

## Klausurtagung der Bundestagsfraktion – Familien sind im Blick

**In immer kürzerer Zeitspanne kommen Berufsein- und -aufstieg mit Familiengründung zusammen. Diese Generation muss im Beruf Höchstleistungen erbringen, die Kinder erziehen und womöglich noch die Eltern pflegen.** Sie macht sich Sorgen um die Ausbildung der Kinder und um steigende Mieten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher auf ihrer Klausurtagung im Januar 2015 beschlossen, die Generation der 30- bis 50-Jährigen ins Zentrum unserer Politik rücken. Diese Generation erwartet zu Recht, dass wir Antworten auf ihre Erwartungen und Bedürfnisse finden. Wir wollen daher vor allem den Menschen zuhören, um herauszufinden, wie wir ihr Leben

erleichtern können. Für Familien ist nicht nur Geld wichtig, sondern auch Zeit. Drei Viertel der Menschen wollen Beruf und Familie vereinbaren und partnerschaftlich gestalten. Es klappt aber nur bei etwas mehr als zehn Prozent. Jede zweite Mutter, die nicht arbeitet, wäre gerne berufstätig. Wir wollen daher neue Antworten für die Vereinbarkeit finden, die Beschäftigten wie Unternehmen mehr Flexibilität ermöglichen und ihnen zugleich die notwendige Planbarkeit sichern. Mit dem ElterngeldPlus unterstützen wir die Teilzeitarbeit jüngerer Eltern finanziell besser. Mit der Familienpflegezeit haben wir bereits einen weiteren Schritt getan.

Berufstätige Männer und Frauen bekommen mehr zeitliche Flexibilität und finanzielle Unterstützung, wenn sie sich der Pflege von Angehörigen widmen. Zusätzlich wird die SPD-Fraktion aber auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode neue Impulse setzen. Das Thema Familienarbeitszeit steht weiter auf der Agenda.

Die Generation der arbeitenden Mitte ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung. Ohne diese Leistungsträger wäre Deutschland nicht so stark. Dennoch ist es uns wichtig zu betonen: Natürlich darf man die Generationen nicht gegeneinander ausspielen, jede hat ihre eigenen Herausforderungen.

## Mindestlohn

**Seit dem 1. Januar 2015 gilt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro brutto pro Stunde.** Die gesetzliche Lohnuntergrenze sorgt für anständige Löhne auch in Branchen, in denen Niedriglöhne verbreitet waren, etwa dem Gaststättengewerbe oder der Bau- und Fleischbranche. Der Mindestlohn

macht endlich Schluss mit dem unfairen Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten und sorgt für einen fairen Wettbewerb der Unternehmen. Weitere 3,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren von der besseren Wertschätzung ihrer Arbeit. Um jeden Missbrauch zu verhindern

und zu garantieren, dass der Mindestlohn auch tatsächlich gezahlt wird, ist eine effektive Kontrolle erforderlich. Aus diesem Grund gilt auch für geringfügig Beschäftigte eine Aufzeichnungspflicht, das heißt die Arbeitszeiten der Beschäftigten müssen ausreichend dokumentiert werden.

## Aus dem Wahlkreis



**Verfall** Eines der Gebäude auf dem Gelände, dass von den Nazis zynisch als "Kräutergarten" bezeichnet wurde.

### Handlungsbedarf: Der vergessene "Kräutergarten" neben der KZ-Gedenkstätte Dachau

Anfang Januar 2015 besuchte Florian Post den in der Münchner Bevölkerung weitläufig unbekanntem "Kräutergarten" in Dachau. Dort wurden von 1939 bis 1945 von den Nationalsozialisten 429 Menschen zu Tode geschunden. Leider ist seit 1945 dieses Areal nicht weiter beachtet worden – ein würdiges Gedenken an die Opfer ist so nicht möglich! Da sich dies ändern muss, traf sich Florian Post mit der stellv. Landrätin Marianne Klaffki, dem OB von Dachau Florian Hartmann und dem Bezirksheimatpfleger Dr. Göttler vor Ort.

### Toleranz statt Ignoranz

**Ein starkes Zeichen für Toleranz und ein friedliches Miteinander:** Über 15.000 Münchnerinnen und Münchner haben am 2. Februar 2015 in der Innenstadt eine Friedenskette gebildet. Sehr gerne hat Claudia Tausend mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand der SPD München und vielen anderen SPD-Mitgliedern teilgenommen.



Von links nach rechts: Claudia Tausend, Gerhard Meyer, Heide Rieke und Roland Fischer.

## Aus dem Wahlkreis



**Zu Gast in Niederbayern:** Claudia Tausend referiert zum Stand der TTIP-Verhandlungen bei der NiederbayernSPD. Hier mit Johanna Werner-Muggendorfer (MdB), Christian Flisek (MdB) und Ruth Müller (MdB).



Im Januar fand eine große Ehrungsveranstaltung mit Bürgermeisterin Christine Strobl für langjährige Kommunalpolitiker/innen statt: Hier mit dem Vorsitzendenkollegen von der CSU Ludwig Spaenle, der für 12 Jahre im Bezirksausschuss geehrt wurde.



Thomas Niederbühl, Richard Quass und Claudia Tausend erhielten die Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung des Bayerischen Innenministers.



**Dachs des Jahres 2013/2014** Im Februar wurde Florian Post die Auszeichnung "Dachs des Jahres" aufgrund besonderer Verdienste um den Klimaschutz verliehen. V.l.n.r.: Dipl.Wirt.-Ing. Michael Boll (SenerTec), Florian Post, Dipl.-Ing. Hagen Fuhl (SenerTec).



### Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für  
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a  
80796 München

florian.post@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 94 65 38  
Fax: 089 - 18 94 65 39  
facebook.com/bundestag2013  
www.florian-post.de

### Claudia Tausend, MdB

Mitglied im  
Europaausschuss



Oberanger 38  
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 93 28 58  
Fax: 089 - 44 23 24 80  
facebook.com/tausendmalbesser  
www.claudia-tausend.de

### Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.